



## Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD,**

**Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Regierungskommunikation barrierefrei gestalten – Präsenz-Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetscher für Regierungspressekonferenzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Um politische Teilhabe künftig barrierefrei zu ermöglichen, wird die Staatsregierung aufgefordert, in einem ersten Schritt Pressekonferenzen der Staatsregierung live durch Präsenzdolmetscherinnen und -dolmetscher in Gebärdensprache übersetzen zu lassen. Anzustreben ist, Barrierefreiheit auch bei allen weiteren Formen der Regierungskommunikation zu garantieren.

#### **Begründung:**

Seit 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Ziel der Vereinten Nationen ist es, inklusive Gesellschaften zu fördern, in denen alle Bürgerinnen und Bürger an allen Lebensbereichen gleichberechtigt und unabhängig teilnehmen können. Die gesellschaftliche Teilhabe gehörloser/gebärdensprachiger Menschen kann jedoch nur gelingen, wenn kommunikative Barrieren im Alltag abgebaut werden. Gleiches gilt auch für die politische Teilhabe gehörloser/gebärdensprachiger Menschen. Auch diese kann nur garantiert werden, wenn kommunikative Barrieren abgebaut werden.

Bislang aber werden die Pressekonferenzen der Staatsregierung nicht simultan von deutscher Lautsprache in Deutsche Gebärdensprache übersetzt. 15 000 gehörlose und schwerhörige in Bayern lebende Menschen können die Pressekonferenzen der Staatsregierung derzeit nicht unmittelbar und in Echtzeit verfolgen. Dabei ist dies nicht nur in Krisenzeiten unbedingt notwendig.

Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, durch den Einsatz von Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern bei Pressekonferenzen eine gleichberechtigte Teilhabe für gehörlose/gebärdensprachige Menschen zu ermöglichen. Zugleich sollten auch bei allen weiteren Formen der Regierungskommunikation Barrieren abgebaut werden.